

Hinter den Kulissen des «Systems Putin»

Machtpolitik und rechtsstaatliche Schwäche

Die Dumawahlen haben mit erschreckender Deutlichkeit klar gemacht, dass Russland noch längst kein demokratischer Rechtsstaat ist. Es gibt keine Alternative zu «Putins Plan», der in den vergangenen Monaten immer wieder beschworen wurde, ohne dass jemand genau wusste, was sich hinter dieser Chiffre verbirgt. Das ist auch gar nicht nötig: Bei Wahlen in Russland entscheidet man sich nicht für politische Programme, sondern für eine Vertrauensperson. Als einziger Garant der Verfassung empfiehlt sich Wladimir Putin – letztlich spielt es kaum mehr eine Rolle, in welcher politischen Funktion er aktiv wird. Die russische Gesellschaft befindet sich in einem Teufelskreis: Putin kontrolliert den öffentlichen Diskurs fast vollständig und erhält aufgrund der positiven Berichterstattung der Medien Zustimmungsraten, von denen westliche Regierungschefs nur träumen können. Eine demokratische Meinungsvielfalt kann sich unter diesen Umständen gar nicht herausbilden.

Seit je wenig Vertrauen in die Justiz

Die Münchner Politologin Margareta Mommsen und die Kölner Ostrechtlerin Angelika Nussberger haben in einem äusserst lesenswerten Buch die neuralgischen Punkte des «Systems Putin» analysiert. Die Autorinnen weisen zunächst auf die Prägung des jetzigen Zustands durch zaristische und sowjetische Traditionen hin. An erster Stelle nennen sie dabei den russischen Rechtsnihilismus, der sich etwa bei Leo Tolstoi sehr deutlich äussert. Sein letzter Roman, «Auferstehung», beginnt mit einer grotesken Gerichtsszene, in der alle Entscheidungen auf Willkür oder Korruption beruhen. Erst 1906 liess sich der letzte Zar eine konstitutionelle Ordnung abtrotzen. Nach der Oktoberrevolution garantierten die sowjetischen Verfassungen zwar die bürgerlichen Freiheiten und das Selbstbestimmungsrecht der Völker – doch handelte es sich hier um reine Lyrik, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hatte.

Das Vertrauen in die Rechtspflege ist in Russland auch heute noch denkbar brüchig. Tausende von russischen Klagen sind am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg hängig; eine Verschlankung des Prozesses ist durch ein Veto Russlands blockiert. Obwohl Putin zu Beginn seiner Amtszeit eine «Diktatur des Rechts» ausgerufen hatte, gibt es gegenwärtig eine Reihe von Gerichtsverfahren, die berechtigte Zweifel am Grundsatz der Rechtsgleichheit aufkommen lassen.

Hand auf Wirtschaft – Schutz des Militärs

Die Autorinnen weisen auf fünf symptomatische Fälle hin. Hohe Wellen geschlagen hat im Westen die Verurteilung des «Oligarchen» Michail Chodorkowski wegen angeblicher Steuerhinterziehung und Betrug. Dass ausgerechnet Chodorkowski ins Visier der Strafverfolgungsbehörden geriet, führen viele Beobachter auf sein Engagement zugunsten der politischen Opposition zurück.

Noch viel eklatanter ist allerdings der Fall Gusinski, der an eine staatliche Geiselnahme erinnert: Der «Oligarch» wurde im Jahr 2000 verhaftet und erklärte sich im Gefängnis unter fragwürdigen Umständen bereit, seinen Medienkonzern an Gazprom zu verkaufen. Putins «Vertikale der Macht» mischt sich allerdings nicht nur in wirtschaftliche, sondern auch in militärische Angelegenheiten ein. Der Journalist Grigori Pasko wurde zu vier Jahren

Lagerhaft verurteilt, weil er über die illegale Verklappung von radioaktivem Abfall durch die russische Pazifikflotte berichtet hatte. Die Physiker Igor Sutjagin und Walentin Danilow verbüssen zurzeit langjährige Haftstrafen, weil sie wissenschaftliche Artikel über die strategische Nuklearrüstung und den Satellitenbau publiziert hatten. Putin lehnte ihre Begnadigungsgesuche unter Hinweis auf fehlende Schuldeingeständnisse ab.

Umgekehrt dauerte es sehr lange, bis der Oberst Juri Budanow wegen Vergewaltigung und Ermordung eines tschetschenischen Mädchens zu zehn Jahren Arbeitskolonie verurteilt wurde. Zunächst hatte ihn ein Militärgericht wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen, und dieser Prozess war von verschiedenen Institutionen hintertrieben worden. Der zweitinstanzliche Richter wurde seinerseits wegen Korruption angeklagt – viele Beobachter vermuten darin einen Racheakt für das harte Urteil gegen Budanow.

Mommsen und Nussberger zeichnen ein düsteres Bild der politischen Wirklichkeit in Russland. Ihre Beweisführung ist schlüssig, ihre Argumente zeugen von hoher Sachkompetenz. Möglicherweise ist aber – anders, als die Autorinnen suggerieren – nicht Putin allein an der russischen Misere schuld. Die Opposition selbst muss sich grosse Versäumnisse vorwerfen lassen. Die beiden liberalen Parteien Jabloko und Union der rechten Kräfte haben es bisher verpasst, ein gemeinsames Programm aufzustellen, und ihre Energie für Hahnenkämpfe ihrer Vorsitzenden verschwendet. Peinlich ist überdies die Tatsache, dass sich das Oppositionsbündnis Anderes Russland noch nicht von den faschisierenden Nationalbolschewisten des Politikünstlers Eduard Limonow getrennt hat. Wie immer man die Frage nach dem Versagen der Demokratie auch beantworten mag: «Das System Putin» sollte Pflichtlektüre für alle sein, die sich eine fundierte Meinung über das heutige Russland bilden wollen.

Ulrich M. Schmid

Margareta Mommsen, Angelika Nussberger: Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland. Verlag C. H. Beck, München 2007. 216 S., Fr. 24.–, € 13.–.